

Neue Aargauer Zeitung

Freisinnig-demokratisches Organ für den Kanton Aargau

Abonnementspreise: Tägliches Anzeigebblatt für Aarau und die Mittelschweiz
 Für die Schweiz jährlich Fr. 19.60, halbjährlich Fr. 9.80 und vierteljährlich Fr. 4.90. Postbestellung 30 Cts. mehr. Fürs Ausland Portozuschlag.
 Amtliches Publikationsorgan für Aarau und Brugg; Vorzögl. Inserationsorgan
 Druck und Verlag: Buchdruckerei „Neue Aargauer Zeitung“ in Aarau; (Telephon Nr. 610)
 Kantonale 16 Cts., ausserkantonale 25 Cts., Ausland 30 Cts. Reklamen 60 Cts.; Annoncen-Regie: Publicitas A.-G., Aarau; Telephon 7.90

Jeder versicherungsfähige Abonnent ist gegen Unfall (Tod oder Ganzinvalidität) für Fr. 1200.— die Ehefrau Fr. 600.—, Fr. 1800.— versichert. Maßgebend sind die allgemeinen Versicherungsbestimmungen, die auf dem Bureau des Blattes zur gef. Einsicht aufliegen; Abonnementsanmeldungen werden jederzeit gerne entgegengenommen.

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten, wovon 2 Seiten „Das interessante Blatt“.

Vom Tage.

Massenflucht von der Teufelsinsel. 23 Sträflinge entkommen.

Eine Massenflucht von der Teufelsinsel hat die Polizei ganz Frankreichs in Alarmzustand versetzt. Nach einem offiziellen Bericht des Justizministeriums sind 23 Sträflinge entkommen und zwar 13 Franzosen und 10 Ausländer, darunter Deutsche, Spanier und Italiener. Unter den Geflüchteten befinden sich drei Franzosen, deren ursprüngliche Todesstrafe in lebenslängliche Verbannung umgewandelt worden ist. Bisher ist von den Flüchtlingen keine Spur gefunden worden. Man weiß nicht, ob es ihnen gelungen ist, nichtfranzösisches Territorium zu erreichen, oder ob sie in der Wildnis umgekommen sind.

Wie die Gefangenen ihre aufsehenerregende Flucht bewerkstelligt haben, ist bisher nicht bekanntgegeben worden. Im allgemeinen gilt eine Flucht von der Teufelsinsel als nahezu unmöglich, und gerade die Erzählungen des letzten deutschen Kriegsgefangenen, des Elässers Paolo Schwarz, beweisen, daß Fluchtversuche kaum gelingen können und daß selbst eine geglückte Flucht aus der „Hölle der Teufelsinsel“ vielfach gleichbedeutend mit Selbstmord ist, da die Flüchtlinge leicht Opfer der Haijische oder der Wildnis werden.

Reform der preussischen Zentralbehörden.

Die zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung bringt die Reform der preussischen Zentralbehörden.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt wird aufgelöst und dem Handelsministerium eine soziale und Gewerbeabteilung angegliedert. Die Doppelarbeit zwischen Reich und Preußen wird vor allem auf dem Gebiet des Handels- und Landwirtschaftsministeriums beseitigt.

Eine halbe Million weniger Arbeitslose in den Vereinigten Staaten.

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten ist nach der Meinung des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes im Monat September um 560,000 zurückgegangen und beträgt noch 10,900,000.

Bambi.

Von Felix Salten.

(Copyright Paul Schönanh Verlag.)

11) (Nachdruck verboten.)

Bambi kann nicht antworten, er hat keinen Atem. Er nickt bloß.

„Das ... war ... Er!“ sagt die Mutter. Und sie schauern alle beide.

Bambi blieb noch oft allein. Doch er ängstigte sich nicht mehr so arg darüber wie die ersten Male. Die Mutter verschwand, und dann mochte er rufen, so viel er wollte, sie kam nicht. Aber unversehens erschien sie wieder und war bei ihm wie sonst.

Eines Nachts ging er wieder ganz verlassen herum. Nicht einmal Gobo und Faline hat er gefunden. Der Himmel wurde schon fahlgrau, und es begann zu dämmern, so daß über dem Unterwuchs des Strauchwerks die Wölbungen der Baumwipfel sichtbar wurden. Da rauschte es im Gebüsch, ein langer Streifen von Brausen fuhr durch die Blätter hin und die Mutter stob vorüber. Nicht hinter ihr drein setzte ein anderer. Bambi wußte nicht, wer das gewesen sei. Tante Ena oder der Vater, oder sonst jemand. Die Mutter aber hatte er gleich erkannt, so geschwind sie auch an ihm vorbeigerast war. Er hatte ihre Stimme vernommen. Sie schrie, und Bambi schien es, als ob das im Scherz gewesen sei, doch es kam ihm vor, daß auch ein wenig Furcht mitgeklingen habe.

Ein anderes Mal war es bei Tage. Bambi strich durch die Deckungen, stundenlang. Endlich begann er zu rufen. Nicht etwa, weil ihm bange war. Er wollte nur nicht mehr so ganz allein bleiben und er fühlte, daß ihm bald recht jämmerlich zumute sein würde. Also fing er an, nach der Mutter zu rufen.

Auf dem Weg zur kantonalen Arbeitskolonie Murimoods.

Endlich ist es so weit! Gestern fand im Hotel „Sternen“ in Wohlen die 5. Generalversammlung des Aarg. Vereins für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge unter dem Vorsitz von Hrn. Pfr. Holliger, Großrat in Gränichen, statt, um zur Gründung der aarg. Arbeitskolonie Murimoods die entscheidenden Beschlüsse zu fassen. Der starke Besuch der Versammlung aus allen Parteien ließ das warme Interesse für die so heftig umstrittene gute Sache in erfreulicher Weise erkennen.

Der Vorsitzende begrüßte vor allem Herrn Regierungsrat Stalder, der auch in schwerer Zeit der treueste und beste Mitarbeiter des Initiativkomitees war. Der Redner dankte ihm herzlich und auch der Presse, auch der gegnerischen, deren Artikel Leben in die Bude gebracht und die allgemeine Aufmerksamkeit geweckt haben. In eindringlichen Worten schilderte der Redner das Los der Gefangenen und der Entlassenen, die von Haß gegen die „gerechten Menschen“ erfüllt und wieder ins Verbrechen zurückgestoßen werden, wenn ihnen nicht geholfen wird, wieder eine Existenz zu finden.

Der Präsident teilt mit, daß der Sekretär des Vereins, Herr Winkler, wegen Ueberarbeitung schwer erkrankt ist. Die Versammlung spricht ihm in einem Telegramm die besten Genesungswünsche und den Dank für seine große Arbeit aus.

Die Jahresberichte 1930/31 werden genehmigt. Ueber die Rechnungen für 1930 und 1931 erstattet Herr Pfr. Büchi, Zofingen, Bericht. Die Mitgliederbeiträge von 1239 Einzelmitgliedern (Zuwachs 27) und 231 korporativen Mitgliedern (Zuwachs 14) betragen für 1930 Fr. 8250, für 1931 Fr. 8875. Die Rechnung für 1930 schließt mit einem Passivsaldo von 537 Fr., diejenige für 1931 mit einem Aktivsaldo von 124 Fr. ab. Die Rechnungen werden genehmigt und dem Kassier, Herrn Straußhausdirektor Thut, der seine Entschädigung von 200 Fr. dem Orgelbaufonds der Strafanstalt zugewiesen hat, bestens verdankt. Die Versammlung beschließt, dem Orgelbaufonds in den nächsten zwei Jahren je 300 Fr. zuzuwenden.

In den Vorstand wird neu gewählt Hrl. Emma Mezger, Sekretärin der kath. Mädchen-Vergesellschaft in Baden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Frau Parvex Schmutziger, Aarau, Dir. Suter, Aarau und Notar Wirth, Häggingen, werden für 4 Jahre bestätigt. Als Rechnungsrevisoren

werden gewählt die Hh. Leo Steinmann, Verwalter der Kantonalbankfiskale Wohnen und Großrat Gloor, Aarau.

Ueber die schwierigen Vorarbeiten für die Arbeitskolonie orientierte Pfr. Holliger. In die Versammlung der Gemeindebehörden in Zofingen schickte von 234 Gemeinden 152 eine Vertretung, die einen Gründungsbeitrag von 317,000 Fr. repräsentierten. Alle Anwesenden waren für die Gründung der Kolonie. Die Schwierigkeiten begannen wegen des vom Schutzaufsichtsverein an den Regierungsrat im Okt. 1930 gestellten Gesuches um einen einmaligen staatl. Gründungsbeitrag von 250,000 Fr. Der Große Rat beschloß trotz des zustimmenden Antrages der Regierung die nochmalige Prüfung der Frage der Objekte und der Zweckmäßigkeit einer Kolonie durch eine erweiterte Kommission. Dieses Vorgehen, das in gewissen Kreisen als Sabotage empfunden wurde, hatte dann eine Volksinitiative zur Folge, die zustandekam. Da es schien, daß auf einen staatlichen Beitrag überhaupt nicht mehr zu rechnen sei, bereite das Komitee eine rein private Lösung vor, für die 62,000 Fr. gesammelt wurden. Herr Großratspräsident Bruggisser brachte dann die Sache im Großen Rat wieder in Fluß. Die Großratskommission stellte mit einer Mehrheit von einer Stimme, den frühern Beschluß zugunsten des Staatsbeitrages wieder her, doch plagten die Geister im Großen Rat nochmals heftig aufeinander. Nat.-Nat. Dr. Abt schlug dann, wie er sagte, in der Großratsitzung vom 7. Oktober 1932 die goldene Brücke, indem er einen jährlichen Betriebsbeitrag von 10,000 Fr. beantragte. Der Antrag wurde mit 106 gegen 5 Stimmen angenommen. Der Redner verdankt dieses Entgegenkommen. Der Beschluß tritt aber erst in Kraft, wenn 380,000 Fr. an Gemeinde- und Privatbeiträgen gesichert sind. Der Preis für das Objekt Murimoods konnte um 30-40,000 Fr. herabgesetzt werden. Der Staatsbeitrag wird nur solange ausgericht, als die Kolonie nicht weniger als 20 Insassen hat.

Ueber die Statuten für die Arbeitskolonie referierte Herr Direktor Suter, Aarau. Paragraph 1 soll in der Weise geändert werden, daß die Kolonie als Vereinigung und unter dem Patronat des Vereins für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge erklärt wird. In den Paragraphen 19 und 20 wird bestimmt, daß der Schutzaufsichtsverein Änderungen der Statuten des Kolonievvereins zu genehmigen hat. Die Gründung eines besondern Kolonievvereins ist für den Anfang zweckmäßig, doch wird eine

spätere Vereinigung der beiden Vereine nach Ermessen des Schutzaufsichtsvereins in Aussicht genommen. Die Erfahrung wird zeigen, ob und wann diese Vereinigung wünschbar ist. Die Pachtung von Liegenschaften, die nach ihrer Meliorierung den Eigentümern zurückgegeben würden, wird durch die Statuten ermöglicht. Der Regierungsrat, die Gemeinden und der Schutzaufsichtsverein, haben im Vorstand des Kolonievvereins ein Vertretungsrecht von je 4 Mitgliedern. Ursprünglich war ein Gründungsbeitrag von 660,000 Fr. vorgesehen, in der Meinung, daß von Anfang an definitive Bauten errichtet würden. Von den vorgesehenen 310,000 Fr. an Gemeindebeiträgen sind bereits nahezu 300,000 Fr. gezeichnet. Eine große Zahl von Gemeinden hat sich wegen des Meinungsstreites bis jetzt ferngehalten. Man wird nun auch an diese gelangen. Die 100,000 Fr. Privatbeiträge können mithilfe eines kant. Blumentages erreicht werden. Vorläufig werden für 60 Kolonisten nur Baracken erstellt. Diese Einschränkung hat auch ihre Vorteile. Die Baracken werden durch die Kolonisten erstellt und können später auch nach Erstellung definitiver Bauten verwendet werden. Das vorläufige Geldbedürfnis wird durch ein Anleihen bei einer Bank aufgrund der Gemeindebeiträge gedeckt. Für die spätern Bauten wird ein Baufonds geäußert. Die Finanzierung steht auf durchaus gesunder Grundlage. Bis jetzt hat keine einzige Gemeinde den gezeichneten Beitrag zurückgezogen. Die Beiträge werden teilweise in Raten eingezahlt. Bereits sind zirka 100,000 Fr. eingegangen. Man wird bestrebt sein, noch weitere Privatbeiträge zu erhalten.

Pfr. Holliger teilt mit, daß die Gründungsversammlung des Kolonievvereins, die den Kaufvertrag und die Statuten zu genehmigen hat, im November stattfindet.

Herr Straußhausdirektor Thut, Zenzburg, orientierte über die technische Seite der Errichtung der Arbeitskolonie. Die Gründung ist in der heutigen Krisenzeit außerordentlich dringlich. Es kann also nicht mit der Erstellung von provisorischen Bauten zugewartet werden. Zwei Baracken sind bereits vorhanden. Es müssen nun Unterkunftsräume für die Kolonisten und den Verwalter geschaffen werden, ferner eine Küche und eine Waschküche, sowie eine Wohnbaracke. Der Aufenthalt soll den Kolonisten natürlich nicht luxuriös, aber angenehm gestaltet werden. Für die Baracken liegen überraschend billige Offerten vor. Die ersten Bauarbeiten werden durch eine kleine Zahl von Kolonisten ausgeführt. Es wird von

wäre. „Sagt du dich nicht gefürchtet?“ fragte Gobo aufgeregt. Doch! Bambi gestand, daß er sich gefürchtet habe. Nur ein bißchen. „Ich hätte mich entfesselt gefürchtet“, erklärte Gobo. Bambi erwiderte, nein, eine ganz große Angst habe er nicht gehabt, denn der Alte sei herrlich gewesen. Gobo meinte: „Das hätte mir wenig geholfen. Ich wäre vor Angst gar nicht instande gewesen, ihn anzusehen. Wenn ich Angst habe, flimmert es mir gleich vor den Augen, daß ich nichts mehr sehe, und mein Herz klopf so stark, daß ich nicht atmen kann.“ Faline war bei Bambis Erzählung sehr nachdenklich geworden und sagte gar nichts.

Das nächste Mal aber, als sie sich trafen, kamen Gobo und Faline in großer Hast herangeflüren. Sie waren wieder allein, wie Bambi auch. „Wir suchen dich schon die ganze Zeit“, rief Gobo. „Ja“, sagte Faline wichtig, „denn wir wissen jetzt ganz genau, wer das war, den du gesehen hast.“ Bambi machte einen Sprung vor Neugierde. „Wer ...?“

Faline erzählte feierlich: „Es war der alte Fürst!“

„Woher wißt ihr das?“ drängte Bambi.

„Von unserer Mutter!“ erwiderte Faline.

Bambi zeigte sich erstaunt. „Sagt ihr denn die Geschichte erzählt?“ Die beiden nickten.

„Es war doch ein Geheimnis!“ rief Bambi enttäuscht.

Gobo entschuldigte sich augenblicklich. „Ich bin es nicht gewesen. Faline hat es getan.“ Aber Faline rief munter: „Ach was, Geheimnis! Ich wollte wissen, wer das ist. Jetzt wissen wir's und das ist viel interessanter!“

Bambi brante danach, alles zu hören und war beschämt. Faline sagte ihm alles. „Er ist der Bornehmste im ganzen Walde. Er ist der Fürst. Es gibt keinen zweiten, der ihm gleichkame. Niemand weiß, wie alt er ist. Niemand kann sagen, wo er wohnt. Niemand kann seine Verwandtschaft nennen. Nur wenige haben ihn je einmal gesehen. Manchmal hieß es schon, er sei tot, denn er war

solange nicht sichtbar gewesen, daß man es glaubte. Dann wurde er doch wieder erblickt, für einen Moment, und so erfährt man, daß er noch am Leben sei. Niemand hat es je gewagt, ihn zu fragen, wo er gewesen. Er spricht mit niemandem und keiner mag es, ihn anzureden. Er zöht Wege, auf denen kein anderer geht; er kennt den Wald bis in die fernsten Fernen. Und für ihn gibt es keine Gefahr. Die anderen Prinzen kämpfen bisweilen untereinander, manchmal nur zur Probe und zum Scherz, manchmal im Ernst. Mit ihm hat seit Jahren keiner mehr gekämpft. Und von denen, die früher einmal mit ihm gekämpft haben, vor langer Zeit, ja, von denen lebt kein einziger mehr. Er ist der große Fürst.“

Bambi verzog es Gobo und Faline, daß sie sein Geheimnis ihrer Mutter ausgeplaudert hatten. Er war sogar zufrieden damit, denn nun hatte er ja alle diese wichtigen Dinge erfahren. Aber er freute sich doch, daß Gobo und Faline nicht alles so genau wußten. Daß der große Fürst gefagt hatte: „Kannst du nicht allein sein?“, daß er gefagt hatte: „Schäme dich!“, wußten sie nicht. Bambi war jetzt froh darüber, diese Zurechtweisung verschwiegen zu haben. Gobo und Faline hätten es eben so erzählt wie das übrige, und dann hätte der ganze Wald davon gesprochen.

In dieser Nacht, als der Mond aufging, kam Bambis Mutter wieder einmal zurück. Sie stand plötzlich unter der großen Eiche am Wiesenrande und sah sich nach Bambi um. Er gewahrte sie gleich und lief zu ihr. In dieser Nacht erlebte Bambi wieder etwas Neues. Die Mutter war müde und hungrig. Sie gingen nicht so weit umher wie sonst. Die Mutter sättigte sich auf der Wiese, wo auch Bambi schon die meisten seiner Mahlzeiten zu halten pflegte. Miteinander naschten sie dann noch an den Sträuchern und gerieten in dieser beschaulich vergnügten Art weiter und immer weiter in den Wald hinein. Da kam ein großes Rauschen durchs Gebüsch einher.

(Fortsetzung folgt.)

Anfang an ein Meistertrecht und ein Meiler angefallen. In allem soll möglichst auf Spar- samkeit gehalten werden, wofür die heu- tigen niedrigen Materialpreise günstig sind.

Herr Großrat Wirth, Hagglingen, refe- rierte über den Antrag des Meierhofes im Wurtmoos, der Herrn Großrat Meier in Birri gehört. Die Liegenenschaft hält 56 ha und ist zu 164,400 Fr. geschätzt, das In- ventar für die Dorfausbeutung auf 31,700 Fr., das übrige Inventar auf 40,000 Fr. Der Kaufpreis beträgt 255,000 Fr., 15,000 Fr. weniger als im Anfang. Durch die Uebernahme von Anteilscheinen im Betrage von 10,000 Fr. durch Herrn Meier ver- ziert sich der Kaufpreis auf 245,000 Fr. und läßt sich infolge Minderverwert die- selbigen noch weiter erniedrigen. Der Zinsfuß wurde von 5 auf 4 1/2 Prozent herabgesetzt. Den Dorfabsatz hat Herr Meier vom 1. Okt. 1932 an für 6 Jahre mit 70,000 Fr. jährlich garantiert. Wird dieser Betrag nicht er- reicht, so reduziert sich der Kaufpreis in den ersten 2 Jahren um 20,000 und in den nächsten 2 Jahren um 10,000 Fr. Das Geneh- migungsrecht für den Kaufvertrag dauert bis 1. Oktober 1935. Dieser umfaßt auch den Fischbestand in den Teichen, was nicht un- wichtig ist.

In der Diskussion anerkennt Herr Groß- rat Huber, Marau, die große Arbeit des Vorstandes und besonders des Präsidenten Pfr. Holliger und spricht ihm unter Beifall den Dank der Versammlung aus. Er emp- fiehlt Annahme der vom Vorstand vorge- schlagenen Resolution als Aufmunterung für die Gründungsversammlung.

Herr Direktor Rietholz, Königsfelden, war immer der Ansicht, daß mit der Kolonie bescheiden angefangen werden sollte. Die Kinderkrankheiten werden ihr nicht erspart bleiben, aber man darf sich dadurch nicht entmutigen lassen und muß wünschen, daß das menschenfreundliche Werk blühe und ge- deihe. (Beifall.)

Pfr. Holliger teilt mit, daß noch dieses Jahr die ersten Kolonisten aufgenommen werden, da ein großes Bedürfnis besteht, die in Frage kommenden arbeitslosen Ele- mente, für die man die Verantwortung sonst nicht übernehmen kann, unterzubringen und damit der Staatsbeitrag schon für 1932 ausgerichtet wird.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Reso- lution wird einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Generalversammlung des Aargau- schen Vereins für Schulaufsicht und Ent- lassenenfürsorge vom 30. Oktober 1932 in Wohlen billigt die bisherige Vorarbeit für die Errichtung einer Aargauischen Ar- beitskolonie und beauftragt den Vorstand, im Sinne der Berichterstattung zur Grün- dung der Kolonie zu schreiten.

Ferner werden folgende Anträge des Vorstandes angenommen:

a) Der Aarg. Verein für Schulaufsicht und Entlassenenfürsorge wolle sich an der Gründung einer Aarg. Arbeitskolonie mit einem Betrage von Fr. 25,000 beteiligen.
b) Die heutige Generalversammlung wolle den Vorstand ermächtigen, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel event. weitere Bei- träge zu zeichnen.

Als Delegierte des Schulaufsichtsvereins im Verein für eine Arbeitskolonie werden die bisherigen verdienten Initianten Pfr. Holliger, Direktor Thut, Direktor Suter und Notar Wirth einstimmig gewählt.

Herr Dir. Thut gibt noch einen Rück- und Ausblick über die Tätigkeit des Schutz- aufsehersvereins, der in den 6 Jahren seines Bestehens vielerorts erreicht hat, daß das Verständnis für die Entlassenen gewachsen ist. Die Verhältnisse sind heute sehr schwie- rig geworden; jede Woche müssen Leute ohne Arbeitsgelegenheit entlassen werden. Wenn dann etwas passiert, so fällt man über die Entlassenenfürsorge her. Der Red- ner segnet den Tag, an dem diese Leute in einer Arbeitskolonie untergebracht wer- den können. Er hat aufgrund seiner Erfah- rungen den Optimismus, daß viele dieser Leute durch Arbeit moralischen Halt fin- den. Ein entlassener Sträfling schreibt, er wisse, daß nun erst der schwerste Teil seiner Strafe beginne und daß er für jede Hilfe dankbar sei. Der Redner appelliert an die Versammlung, im Volke draußen das Ver- ständnis für die Entlassenen zu fördern. Bis 80 Prozent der Sträflinge sind nicht von ihren Eltern erzogen worden. Das soll- ten die Glücklicheren bedenken und auch in schweren Zeiten den vom Schicksal Vernach- lässigten helfen und so gut als möglich. (Starker Beifall.)

Pfr. Holliger verdankt Dir. Thut seine unermüdete Arbeit im Dienste der Ent- lassenenfürsorge. Seiner Initiative ist die Gründung des Vereins zu verdanken. Dank gebührt auch der Regierung und dem Gro- ßen Rat, auch wenn er nicht sofort Ja ge- sagt hat. Heute soll das Schwert eingesteckt und einträchtig auf das schöne Ziel hinge- arbeitet werden. A.

Lohnabbau aber Brotverteuerung.

Das neueste Rezept des Dr. Eisenbart- Mühl.

Vor kurzem ist die Referendumsfrist für das neue Getreidegesetz abgelaufen. Es ist noch nicht recht in Kraft getreten und schon soll es wieder gestrichelt werden. Denn um

nichts anderes als um einen Fick handelt es sich, wenn dieser Tage aus der Umgebung Mühs der Vorschlag der Erhöhung des Ge- treidezolles lanciert wurde.

Zur Begründung des Vorschlages wird darauf verwiesen, daß durch die Erhebung der Zölle auf Kraftfuttermittel ein Ein- bruch in das Zollsystem bei den Zerealien erfolgt sei. Da zudem die Preise für Ge- treide aller Sorten auf dem Weltmarkt außerordentlich niedrig seien, sodaß eine wei- tere Herabsetzung des Brotpreises am Platze erscheine, könne eine Zollerhöhung auf Brot- getreide gerechtfertigt werden. Eine Erhö- hung des heute geltenden Getreidezolles von 60 Rp. auf 2 Fr. würde angesichts der gro- ßen Importmenge einen schönen Schüssel- geld eintragen und das Brot in keiner Weise verteuern. Berechnungen hätten ergeben, daß die Zollerhöhung im erwähnten Umfang 8 Millionen Fr. einbringen würden. Unge- achtet der präkären Finanzlage sei es darum begreiflich, daß die verantwortlichen Behör- den diese Frage im Zusammenhang mit der Budgetbereinigung prüfen.

Die neue monopolfreie Regelung belastet den Bund mit einer jährlichen Ausgabe von 26 bis 28 Mill. Fr. Dieser Betrag wird noch zunehmen, wenn die Bauern die Mah- nung ihrer Führer befolgen und zur Ein- dämmung der Milchschwemme den Anbau von Getreide — dessen Preis ja garantiert ist — noch ausdehnen. Die Einnahmen aus der erhöhten statistischen Gebühr genügen bei weitem nicht, um diese Aufwendung zu decken, wie man seinerzeit vor der Abstim- mung versichert hatte. Nun möchte der Fi- nanzminister das Loch wenigstens zu einem Teil durch die Erhöhung des Getreidezolles stopfen. Das wäre sehr einfach; denn es läge in der Kompetenz der Bundesversammlung, und das Volk, das die Zölle bezahlen muß, hat dazu nichts zu sagen. Man versichert zwar im Bundeshaus, daß die Zollerhö- hung ohne Einfluß auf den Brotpreis sei, also den Konsumenten nicht belaste. Das ist aber nicht richtig, wie der Konsument bei anderen Zollerhöhungen wiederholt er- fahren hat. Glauben die Befürworter neuer Getreidezölle etwa, der Getreidehandel oder die Bäcker würden dem Bunde die 8 Millio- nen so ohne weiteres zahlen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Man weiß Erfahrung, daß eine auch nur bescheidene Zollerhöhung auf den Verbraucher abgewälzt wird, daß sie als Anlaß für eine Preiser- höhung oder, was ja aufs gleiche heraus- kommt, zur Verhinderung einer Preisren- tation dienen muß.

Die Preiserhöhung für das Brot steht aber auch im Widerspruch zu dem vom Bun- desrat propagierten Felszug zur Verbillich- ung der Lebenshaltung. Herr Mühl pre- digt den Lohnabbau mit der Begründung, die Lebenskosten seien erheblich gesunken. Im gleichen Atemzug werden aber den Kon- sumenten neue Lasten zugemutet. Das sind traurige Widersprüche.

Die besonders in der Zeit der Krise vor- genommene Zollerhöhung dient zum Schutz der einheimischen Wirtschaft. Die Zollerhöhung auf Getreide hingegen ent- springt ausschließlich fiskalischen Zwecken; denn den Bauern wird ja ein angemessener Preis durch das Gesetz garantiert. Nun verstoßt aber ein Fiskalzoll auf Getreide, auf das tägliche Brot, nicht nur gegen den in der Bundesverfassung niedergelegten Grundsatz, daß unentbehrliche Verbrauchs- artikel mit den geringsten Ansätzen zu be- lasten seien, sondern ist auch im höchsten Grade unsozial. Denn er belastet den ar- men Mann viel stärker als den Wohlhaben- den und Meichen. Es ist überhaupt ein be- denkliches Zeichen für den Kurs der schwei- zerischen Finanzpolitik, daß sie, statt ein umfassendes Finanzprogramm aufzustellen, zu solchen armeneligen Fiktionen greift. In ihrer Sorge, ja den Besitz und die großen Einkommen nicht anzutasten, möchte sie, ohne die Vorschläge einer Krisensteuer, ei- ner Tantiemensteuer oder einer Besteue- rung des Luxus auch nur ernsthaft zu prü- fen, dem Volke in der heutigen schweren Zeit eine Brotsteuer zumuten. Gegen solche Versuche, die Lasten der Krise auf die schwa- chen Schultern des werktätigen Volkes ab- zuwälzen, heißt es sich beizeiten mit aller Energie wehren. Ein Zoll und damit eine Steuer auf Brot ist heute in der Schweiz undiskutabel.

Stögenossenschaft.

Die Krisensteuerinitiative.

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat den Parteivorstand auf Samstag den 5. November nach Bern einberufen. Sie beantragt ihm, auf den 27. November einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten, der über eine Krisensteuer Beschluß fassen soll. Die Initiative liegt im Entwurf bereits vor und sieht eine Vermögenssteuer auf Vermögen von 50,000 Franken an für Personen ohne ausreichendes Einkommen und von 20,000 Fr. mit anscheiden- dem Einkommen vor. Weiter ist eine Steuerpflicht auf Einkommen von 7000 Fr. an vorgesehen, welche Einkommensgrenze für Verheiratete je nach der Kinderzahl erhöht würde. Die Steuer bezweckt auch die Erfassung der Tantiemenge- winne und würde in vier Perioden von minde- stens vier Jahren erhoben, solange bis der Bund im Besitze der nötigen Mittel zur Finanzierung seiner Krisenmaßnahmen wäre. Aus dem Er-

trag dieser Krisensteuer würde den Kantonen ein Anteil von 30 Prozent zufallen.

Schweizerische Wirtschaftskonferenz.

Die vom eidgenössischen Volkswirtschafts- departement ursprünglich auf den 9. No- vember anberaumte schweizerische Wirt- schaftskonferenz beginnt erst am 15. Novem- ber. Die Berichte der vier Preislenkungs- kommissionen liegen vor und befinden sich im Druck. Sie sollen veröffentlicht werden.

Die Schweiz und die internationale Finanz- hilfe für Oesterreich.

Der Bundesrat hat beschloffen, den Ent- scheid über die Beteiligung der Schweiz an der internationalen Anleihe für Oesterreich bis nach Abschluß der Verhandlungen über den Beredlungsverkehr mit dem Voralberg zu verschieben, was selbstverständlich ist. In- zwischen finden offizielle Vorbesprechungen statt.

Kantone.

Zürich.

Die Krankenschwester als „Falschmünzerin“. Gestern Samstagnachmittag war eine Not- kreuzschwester des Kantonsospitals in Zürich wegen angeblichen Bezahls mit falschem Geld (Silberstücke, die durch das Quecksil- ber eines zerbrochenen Thermometers ord- niert waren) in einem Warenhaus von der Stadtpolizei verhaftet und trotzdem sich ihre Unschuld herausstellte, über Nacht in Haft behalten und am andern Morgen ohne jede Entschuldigung entlassen worden. Wegen die- ses Vorfalles, der in der Zürcher Bevölke- rung große Entrüstung ausgelöst hat, ist im großen Stadtrat von freif. Seite eine Inter- pellation eingereicht worden, in der gefragt wird, ob der Stadtrat nicht dafür halte, daß das Verhalten einzelner Organe im vor- liegenden Falle den Eindruck polizeilicher Willkür auskommen lassen und in der Def- fentlichkeit ein Gefühl der Unsicherheit po- lizeilichen Eingriffen gegenüber schaffen muß. — Die Staatsanwaltschaft hat über die Ver- antwortung, die die Stadtpolizei auf die Bezirksanwaltschaft schiebt, eine Unter- suchung eingeleitet.

Eine Mutter entführt ihre Kinder. Am Frei- tag abend ca. 1/6 Uhr wurden die beiden Schwei- stern Marie Seeholzer, geb. 18. Januar 1920 und Jofiane Seeholzer, geb. 8. Mai 1924, vor dem Hause Birmensdorferstraße 129 in Zürich in einem Automobil französischer Herkunft ent- führt, das von einem Chauffeur gesteuert wurde, in dessen Begleitung sich zwei Damen befan- den. Die Kantonspolizei Baselstadt hat das Auto- mobil mit dem Führer und einer der Entfüh- rerinnen, die geschiedene Frau Dehaus, mit dem Kinde Marie Seeholzer, dessen Mutter sie ist, festhalten können. Die zweite Entführerin na- mens Marie Marion mit dem andern Kinde der Frau Dehaus dürfte mit dem Pariser Nacht- schnellzug von Basel aus weggefahren sein.

Der Chauffeur und die verhaftete Mutter der entführten Jofiane Seeholzer, Frau Dehaus, sind nach Zürich verbracht und hier polizeilich ein- verworren worden. Das 12 jährige Mädchen Marie Seeholzer ist in Basel aus dem Auto hinausgesprungen und lief darauf sofort zu einem Polizeiposten, wo es Anzeige erstattete. Ueber Frau Marion und die achtjährige Jofiane See- holzer, die ein illegitimes Kind der Frau Dehaus ist und seinerzeit bei der Scheidung seinem Vater zugesprochen worden war, hat man noch keine Spur. Der Vater der Jofiane, Dr. jur. See- holzer, Rechtsanwalt, ist jetzt in Paris, wo er krank darniederlag, gestorben. Marie Seeholzer befindet sich wieder in Zürich bei ihrer Mutter.

Basel.

Benjamin Gigli, der weltberühmte Tenor und würdige Nachfolger Carulos, singt am Mitt- woch, den 9. November in der Mustermesse in Basel. 1.

Schaffhausen.

Ergebnis der Kantonsratswahlen in Schaffhausen. Wahlen der städtischen Ver- tretung in die kantonale Legislative erga- ben folgendes Ergebnis:

Bürgerlicher Wahlblock bisher 19, jetzt 20 Mandate, Freiwirtschaftler bisher 12, neue Amts- periode 12 Mandate, Katholiken bisher 3, neue Amtsperiode 4 Mandate, Bauern bis- her 1, neue Amtsperiode 1 Mandat, Evan- gelische bisher 3, neue Amtsperiode 3 Man- date. Total 20 Mandate.

Sozialisten bisher 1, durch Wegzug des Mandatinhabers frei, neu kein Mandat. Kommunisten Opposition bisher 10, neu 10.

Aargau.

Die freiwirtschaftlich-demokratische Großratsfraktion hat am Freitag vor- und nachmittags unter dem Vorsitz von Dr. Bollag (Waden) in gutbesuchten Sitzungen eine Reihe von Maßgeschäften bespro- chen. Sie beschloß, den Regierungsvorschlägen für die Wahlen in die Staatsanwaltschaft zuzu- stimmen und hieß grundsätzlich die Vorschläge der Staatsrechnungskommission für die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge gut. Eine eingehende Aussprache pflegte die Fraktion über den Gesetzesentwurf betreffend die Revision des Gemeinde-Organisationsgesetzes. Der Entwurf konnte der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht durchberaten werden. Definitive Beschlüsse wur- den nicht gefaßt. Die Aussprache wird in einer nächsten Sitzung fortgesetzt.

Ademilches.

Eine achtunggebietende Leistung.

(Korr.) Unser lang. freif. Parteisekretär, Herr August Baumann in Wohlen, hat in aller Stille und unter Ausnutzung der letzten Mi- nute seiner Freizeit, nachdem er 1925 die eidg. Maturität nachgeholt hatte, sich dem juristischen Studium gewidmet. Unter dem Protektorat von Prof. Fleiner wurde seine Dissertation über den „Verwaltungszwang im Aargau“ von der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich genehmigt, und nach schriftlichen und mündlichen Prüfungen promoviert Herr Bau- mann letzten Samstag zum doctor utriusque juris. Ein so spät und nebenamtlich erworbenes Doktorhut zierte ganz nebenbei, und ganz be- sonders herzlich ist deshalb unser Glückwunsch! (Dem wir uns freudig anschließen! Red.)

Herr Hans Witz, von Schöffland, Sohn des Herrn A. G. Witz-Gall, hat an der Eidg. Tech- nischen Hochschule in Zürich nach wohl bestan- dem Examen das Diplom als Ingenieur-Chemiker erhalten.

† Herr a. Fortbildungslehrer Siegrist, Herkheim.

Im Alter von 70 Jahren starb letzten Don- nerstag Herr alt Fortbildungslehrer Rudolf Siegrist in Herkheim, gebürtig von Ofingen, der Vater von Herrn Regierungsrat Dr. Siegrist. Der Verstorbene war ein markanter Vertreter jener idealen freijünglichen Lehrgeneration, die leider bald ausgestorben ist. Die Ortsbürger- gemeinde Herkheim hat ihm seinerzeit nach 42- jähriger fruchtbarer Erziehertätigkeit das Ehren- bürgerrecht verliehen.

Verirrte Natur.

(Korr.) Nicht genug damit, daß man vor Tagen noch beim Ausgraben der Erdbeer- stübe in den Gärten hin und wieder eine Blüte darunter fand, daß Kinder etwa ein- nen halberstarrten Maitäfer von der Straße laßen, sondern auch Weiden sind jetzt an Weidenrändern zu pflücken, welche die schön- sten Tage wohl für den Frühling gehalten hatten. Sie unterscheiden sich von denje- nigen, die den wahren Lenz verkünden, we- der im Duft noch in der Farbe, sodaß man tatsächlich von einer verirrten Natur reden kann.

Die Schwiegermutter bestohlen.

In Emmenau wurde ein aus dem Aargau gebürtiger Elektriker verhaftet, der seiner Schwiegermutter ein Sparheft von 4500 Fr. gestohlen und innerhalb weniger Wochen 3600 Fr. abgehoben hatte. Mit dem abge- hobenen Geld schaffte er sich neue Kleider und ein Motorrad an.

Brandfall bei Lausenburg.

Im Bauernhaus des Zimmermanns Jakob Schraner in Wil bei Lausenburg brach in der Morgenfrühe Feuer aus. Die Bewohner muß- ten durch die Fenster flüchten. Während die Gebäulichkeiten fast gänzlich niederbrannten, konnten Lebeware und Fahrhabe gerettet wer- den, nicht aber das Mobiliar. Der Schaden ist erheblich.

Küttigen. (Korr.) Als Stellvertreter für den verunglückten Lehrer Emil Hunzler wird wäh- rend des nächsten Quartals Herr Willi Haber- stich von Oberentfelden amtiert.

Schöffland. (Korr.) Besten Mittwoch fand der traditionelle Herbstmarkt statt. Trotz der schlechten Witterung war der Viehmarkt gut besahren. Bei andauernd gleich ge- drückten Preisen wurde lebhaft gehandelt. Weniger lebhaft ging es auf dem Waren- markt zu. Zwar fehlte es nicht an Beträ- gern mit all den gewohnten Attraktionen. Allein der beharrlich niederdrückende Regen veranlaßte manchen sonst getreuen Marktbesucher aus der engeren und weite- ren Umgebung, zu Hause zu bleiben. So fehlte dem Markt das dicke Gewoge, und wohl nur wenige Händler mögen mit dem Ertrag des Tages zufrieden gewesen sein. Allgemein wird der heutige Herbstmarkt als der schlechteste seit vielen Jahren bezeichnet.

Zofingen. (Korr.) Im Park des städtischen Museums ist letzter Tage in aller Stille wieder einer jener seltenen Bäume gefällt worden, welche die Anlage so prächtig zieren. Dafür streift nun eine kahle Tanne aus der Lücke, die im harten Winter 1929/30 bis auf den Gipfel erstoren ist. Allgemein wird dieser Vandalis- mus am herrlichen alten Baumbestande der Museumsanlage mißbilligt und als unbefonnen- er Eingriff in ein Naturdenkmal verurteilt.

Zofingen. (Korr.) Zum neu erschienenen Be- zugsanzeiger, der in Reiben gedruckt wird, hat sich am letzten Freitag noch ein zweites Gratis- Anzeigenblatt gesellt. Es betitelt sich „Wigger- taler Inseraten-Anzeiger“, Publikationsorgan für die Gemeinden Zofingen, Stengelbach, Brittnau und Bordenwald. Dieser Anzeiger er- scheint in der neugegründeten Buchdruckerei A. Urwyler-Haller in Brittnau. Mit dem Bezugs- anzeiger in Aarburg haben wir nun plötzlich drei solcher Publikationsorgane im Bezirk Zo- fingen. Die Neugründungen sind wohl als eine Folge der bisher gesunkenen Inserationspreise zu betrachten, die dem Preisabbau und dem geringen Umlauf im Kleinhandel und Gewerbe, wie von dieser Seite behauptet wird, nicht mehr entsprechen. Auch in den Ankündigungen dieser Gratis-Anzeiger wird darauf hingewiesen.

Ein Kind überfahren.

Freitag abend wurde in Schaffart das 5 jäh- rige Töchterchen des Josef Reubin, Landwirt, von einem in raschem Tempo vom Mumpf herkom- menden Auto überfahren. Das Kind wurde vom